

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Kiel, Mittwoch, 7. März 2012

Atomaufsicht

Oliver Kumbartzky und Jens-Christian Magnussen: Umsichtiges und transparentes Handeln der Atomaufsicht

Die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Jens-Christian Magnussen und Oliver Kumbartzky, haben die transparente Kommunikation der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht im Bezug auf den heute (07. März 2012) bekannt gewordenen Stopp einer Umlagerung im Feststofflager des Kernkraftwerkes Brunsbüttel begrüßt. Beide Fraktionen brachten einen gemeinsamen Antrag in den Landtag ein, mit dem Lehren aus dem Vorgang gezogen werden sollen:

„Die Atomaufsicht hat umsichtig und unverzüglich gehandelt und transparent informiert“, erklärten Magnussen und Kumbartzky in Kiel.

Die Betreibergesellschaft werde mit der unterlassenen Meldung der korrosionsbedingten Zerstörung des Fasses an die Atomaufsicht sicher nicht in der Lage sein, verloren gegangenes Vertrauen in die Arbeit Vattenfalls zurück zu gewinnen: „Rechtlich mag das in Ordnung sein. Ich hätte mir einen sensibleren Umgang gewünscht“, so Magnussen. „Zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gehört explizit auch eine verlässliche Kommunikation“, betonte Kumbartzky.

Es sei jetzt wichtig, dass der Rückbau der Kernenergie mit den daraus folgenden Begleitmaßnahmen – wie der Lagerung radioaktiver Abfälle – koordiniert und zügig abgearbeitet werde, so Oliver Kumbartzky weiter. „Der Ausbau des Schacht Konrad muss vorangetrieben werden und die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ebenfalls dringend beschleunigt werden.“

„Mit unserem Antrag fordern wir deshalb, dass der Bund bei der anstehenden Novellierung des kerntechnischen Regelwerks präzisierte und strenge Sicherheitskriterien auch für die vorübergehende Lagerung schwach- und mittlerradioaktiver Abfälle an den Kernkraftwerkstandorten aufstellt“, so Magnussen.

Betreiber Vattenfall sei bis dahin gefordert, den Aufforderungen der Atomaufsicht nachzukommen. Kumbartzky: „Die umsichtige Aufsicht des zuständigen Justizministers, Emil Schmalfuß, hat sich bewährt. Vattenfall muss nun die vom Justizministerium bestellten Vorgaben schleunigst umsetzen“, forderte Kumbartzky.

Pressesprecherin Susann Wilke

Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1488
Telefax 0431-988-1497
E-mail: presse@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Pressesprecher Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>